
W E L T F L Ü C H T L I N G S T A G

Asyl: Spitzen der Religionen mahnen mehr Menschlichkeit ein	2
Kardinal Schönborn, Bischof Bünker, IGGÖ-Präsident Olgun und Gemeinderabbiner Hofmeister unterzeichnen gemeinsame Erklärung zum Weltflüchtlingstag	
"Gemeinsame Sorge für die Schwachen in der Gesellschaft"	3
Fast 70 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht	4
"Don Bosco Flüchtlingswerk": Keine Abschiebungen nach Afghanistan	5
Papst rät: Gemeinsam mit Migranten essen	6
Jesuiten-Flüchtlingsdienst kritisiert "Abschottung Europas"	6
Asyldebatte: Deutsche Kirche vermisst Mitgefühl mit Flüchtlingen	7
US-Bischöfe verurteilen Eltern-Kind-Trennungen an Grenze	7

I N L A N D

Schönborn: Teile interne Kritik am Papst überhaupt nicht	8
Klimaschutz: Kirche wichtiger Kooperationspartner für Politik	9
Katholischer Familienverband traf Bildungsminister Faßmann	10
Caritas-Kampagne ruft Jugendliche zu sozialem Engagement auf	11
Weihbischof Leichtfried bestätigt elf neue Pastoralassistenten	11

V A T I K A N / R O M / A U S L A N D

Vatikan veröffentlicht Arbeitsdokument zur Jugendsynode	12
214 Punkte umfassendes Papier schildert verschiedene Lebenslagen Jugendlicher weltweit	
Papst spendet für Opfer von Vulkanausbruch in Guatemala	14
Papst-Fotograf schenkt seine Kamera einem Ex-Obdachlosen	14
Erzbischof Zollitsch hofft auf Lösung im Kommunionstreit	14
Syrischer Patriarch gedenkt des Völkermords im Ersten Weltkrieg	15
Jordaniens König fordert Einsatz für Nahostfrieden	16
Erneut Streit um Enteignung von verkauftem Kirchenland in Israel	16
Israel: Arbeitsfreier Sabbat auch für Nicht-Religiöse	17
Australische Ordensfrau Fox darf auf den Philippinen bleiben	17
"Nord-Mazedonien" hat jetzt eine griechisch-katholische Diözese	18

K U L T U R & M E D I E N

Vatikanische Museen verleihen Meisterwerk von Caravaggio	18
Tagung: Ist Gold in Liturgie noch zeitgemäß?	19

W E L T F L Ü C H T L I N G S T A G

Asyl: Spitzen der Religionen mahnen mehr Menschlichkeit ein

Kardinal Schönborn, Bischof Bünker, IGGÖ-Präsident Olgun und Gemeinderabbiner Hofmeister unterzeichnen gemeinsame Erklärung zum Weltflüchtlingstag - "Gehört untrennbar zu unserem Selbstverständnis als religiöse Menschen, Vertriebenen, Verletzten und Heimatlosen Trost und Hilfe zu geben" -

Wien, 19.06.2018 (KAP) Zu einem menschlicheren Umgang mit Flüchtlingen und einer sachlicheren politischen Diskussion des Asylthemas haben die Spitzenvertreter der heimischen Kirchen und Religionen aufgerufen. Kardinal Christoph Schönborn, der evangelische Bischof Michael Bünker, der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Ibrahim Olgun und Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister von der Israelitischen Kultusgemeinde unterzeichneten am Dienstag in Wien eine entsprechende Erklärung.

"Im Vorfeld des Weltflüchtlingstages am 20. Juni 2018 erinnern wir, dass die Sorge für die Schwachen in der Gesellschaft für JüdInnen, ChristInnen und Muslime gemeinsam ein Anliegen ist", heißt es in der Erklärung wörtlich und weiter: "Es gehört untrennbar zu unserem Selbstverständnis als religiöse Menschen, Vertriebenen, Verletzten und Heimatlosen Trost und Hilfe zu geben." Die "Vielfalt der Talente, Kompetenzen und Biographien" seien eine "Bereicherung". Diese gelte es "wertzuschätzen" und "die persönliche Weiterentwicklung zu ermöglichen".

Weiter halten die vier Unterzeichner fest: "Wir sehen diese Haltung auch aus unserem gemeinsamen Menschenbild heraus als wesentlich für ein gutes Zusammenleben in Österreich, als Teil der internationalen, insbesondere der europäischen Staatengemeinschaft."

Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte seien wesentliche Pfeiler "für die Gesellschaft, in der wir miteinander leben wollen". Gerade die Religionsfreiheit sehen die vier Unterzeichner dabei als wesentlichen Faktor für den Frieden an. Die Achtung voreinander und die Wertschätzung der je eigenen Identität sei in der interreligiösen Begegnung von zentraler Bedeutung.

Die Vertreter der Religionen erinnern zudem an das Jahr 2015, als es in einer breiten

Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Religionsgemeinschaften und Einzelpersonen mit den Behörden gelungen war, eine große Zahl geflüchteter Menschen in Österreich aufzunehmen und ihnen Perspektiven zu öffnen. Dafür wolle man allen Beteiligten danken und das sei ein gelungenes Beispiel für das gesellschaftliche Miteinander in Österreich.

Ohne den Einsatz der vielen tausenden Frauen und Männer, unterschiedlichen Alters, sozialen Status und unterschiedlicher Weltanschauung hätte Österreich die Herausforderungen der großen Fluchtbewegung 2015-2016 nicht bewältigt. Tausende Menschen haben sich seit 2015 auf die nachhaltige Begleitung von geflüchteten Menschen eingelassen, viele Freundschaften und Beziehungen sind entstanden. Ihrem oft emotional auch sehr herausfordernden Einsatz gilt unser Respekt. Dies ist ein wesentlicher Beitrag für die Integration der schutzsuchenden Menschen.

Schönborn, Bünker, Olgun und Hofmeister rufen weiters zu einer Versachlichung im öffentlichen Diskurs auf, "ohne gegenseitige Schuldzuweisungen". Abschließend heißt es in der Erklärung: "Wir sind dankbar, dass wir in einem Land leben dürfen, in dem Humanität von höchster Bedeutung ist und in dem das gemeinsame Engagement für Menschen in Not eine tragende Grundfeste der Gesellschaft ist. Dazu wollen wir beitragen und ermutigen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes diesen Weg weiterzugehen."

Die Erklärung kam auf Initiative des früheren Raiffeisen-Generalanwalts bzw. Flüchtlingskoordinators des Bundes, Christian Konrad, zustande. Dieser hat vor Kurzem mit Mitstreitern, darunter dem früheren Flüchtlingsbeauftragten der Bundesregierung Ferdinand "Ferry" Maier, die Allianz "Menschen.Würde.Österreich" geschaffen. Konrad und Maier wollen damit für ein asyl- und integrationsfreundliches Klima in Österreich werben

und Initiativen, NGOs und Einzelpersonen, die sich im Integrationsbereich engagieren, mehr öffentliches Gehör verschaffen.

Schönborn: "Frage der Menschlichkeit"

Nur ein ganz kleiner Teil der weltweit mehr als 65 Millionen Flüchtlinge komme nach Europa, hielt Kardinal Schönborn am Rande der Unterzeichnung im "Kathpress"-Interview fest. Deshalb sei es sehr verwunderlich, "dass wir so ein Problem daraus machen, diese Flüchtlinge zu integrieren, wo andere Teile der Welt mit viel höheren Flüchtlingszahlen konfrontiert sind". Letztlich sei es eine "Frage der Menschlichkeit und des Willens". Die Spitzenvertreter der Kirchen und Religionen wollten mit dieser Erklärung "alle unterstützen und stärken, die bereit sind, bei der Integration aktiv mitzuhelfen".

Bischof Bünker bekräftigte gegenüber "Kathpress" die Unterstützung der Kirchen und Religionen für jene, die sich um Integration bemühen. Derzeit würden Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt - "Einheimische gegen Migranten, die Religionen untereinander" - und deshalb sei dieses gemeinsame Zeichen wichtig, "dass wir uns nicht auseinanderbringen lassen sondern zusammenstehen".

IGGÖ-Präsident Olgun sagte, dass sich die Islamische Glaubensgemeinschaft nach Kräften bemühe, die Flüchtlinge bzw. Migranten im Land zu integrieren. Freilich: Jeder Flüchtling, ungeachtet von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, besitze die gleiche Menschenwürde. Die IGGÖ wolle sich bemühen, künftig noch

stärker in der Hilfe für Flüchtlinge tätig zu werden.

Gemeinderabbiner Hofmeister betonte die gesellschaftspolitische Verantwortung der Religionen und die Notwendigkeit, hinsichtlich der Flüchtlingsfrage gemeinsam Stellung zu beziehen.

Konrad: "Achse der Menschlichkeit"

Christian Konrad sprach im "Kathpress"-Interview Klartext: "Ich ärgere mich insgesamt über Europa. Es ist lächerlich, dass man bei 500 Millionen Menschen angesichts von maximal zwei Millionen Menschen so ein Theater inszeniert, nur weil es politisch opportun ist." Zuletzt sei von politischer Seite immer wieder das Schlagwort einer "Achse der Willigen" ins Spiel gebracht worden. "Was wir aber vielmehr brauchen", so Konrad, "ist eine Achse der Menschlichkeit". Damit meine er jene Menschen, "die das Christentum bzw. ihre Religion, die Menschenwürde ernst nehmen". Diese müssten lauter werden. Und es gebe auch viele derartige Menschen, zeigte sich Konrad überzeugt.

Wie derzeit das Asylthema im Land behandelt wird sei für ihn "unfassbar", so Konrad weiter. Es gehe nur mehr um ein "reines Bauchgefühl". Die Ängste vor den Fremden, "die uns die Arbeitsplätze und Sozialleistungen wegnehmen" seien irrational. "Das stimmt so alles nicht." Und am größten seien die Ängste bei jenen, die keinerlei Kontakt zu Fremden hätten. Von der Politik erwarte er sich, "dass sie den Ton ändert und nicht aus jeder Mücke einen Elefanten macht", so Konrad abschließend.

"Gemeinsame Sorge für die Schwachen in der Gesellschaft"

Wortlaut der gemeinsamen Erklärung, die Kardinal Schönborn, Bischof Bünker, Präsident Olgun und Gemeinderabbiner Hofmeister im Vorfeld des Weltflüchtlingstages unterzeichnet haben

Wien, 19.06.2018 (KAP) Kardinal Christoph Schönborn, der evangelische Bischof Michael Bünker, der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Ibrahim Olgun und Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister von der Israelitischen Kultusgemeinde haben am Dienstag in Wien eine Erklärung zum Weltflüchtlingstag (20. Juni) unterzeichnet. Darin rufen sie u.a. zu einem menschlicheren Umgang mit Flüchtlingen und

einer sachlicheren politischen Diskussion des Asylthemas auf.

Die Erklärung kam auf Initiative der Allianz "Menschen.Würde.Österreich" zustande, hinter der federführend der frühere Raiffeisen-Generalanwalt bzw. Flüchtlingskoordinators des Bundes, Christian Konrad, steht. Kathpress dokumentiert den Wortlaut der Erklärung:

Im Jahr 2015 ist es in einer breiten Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Religionsgemeinschaften und Einzelpersonen, gleich ob religiös motiviert oder anders, mit den Behörden gelungen, eine große Zahl geflüchteter Menschen in Österreich aufzunehmen und ihnen Perspektiven zu öffnen. Dafür danken wir allen Beteiligten. Das ist ein gelungenes Beispiel für das gesellschaftliche Miteinander in Österreich.

Ohne den Einsatz der vielen tausenden Frauen und Männer, unterschiedlichen Alters, sozialen Status und unterschiedlicher Weltanschauung hätte Österreich die Herausforderungen der großen Fluchtbewegung 2015-2016 nicht bewältigt. Tausende Menschen haben sich seit 2015 auf die nachhaltige Begleitung von geflüchteten Menschen eingelassen, viele Freundschaften und Beziehungen sind entstanden. Ihrem oft emotional auch sehr herausfordernden Einsatz gilt unser Respekt. Dies ist ein wesentlicher Beitrag für die Integration der schutzsuchenden Menschen.

Im Vorfeld des Weltflüchtlingstages am 20. Juni 2018 erinnern wir, dass die Sorge für die Schwachen in der Gesellschaft für JüdInnen, ChristInnen und Muslime gemeinsam ein Anliegen ist. Es gehört untrennbar zu unserem Selbstverständnis als religiöse Menschen, Vertriebenen, Verletzten und Heimatlosen Trost und Hilfe zu geben.

Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit

und Wahrung der Menschenrechte sind wesentliche Pfeiler für die Gesellschaft, in der wir miteinander leben wollen. Gerade die Religionsfreiheit sehen wir als wesentlichen Faktor für den Frieden. Erst sie ermöglicht den Dialog der Kulturen, gegenseitige Integration und das Hervorbringen von Neuem im gesellschaftlichen Miteinander. Die Achtung voreinander und die Wertschätzung der je eigenen Identität ist in der interreligiösen Begegnung von zentraler Bedeutung.

In der Vielfalt der Talente, Kompetenzen und Biographien eine Bereicherung zu erkennen, sie wertzuschätzen und die persönliche Weiterentwicklung zu ermöglichen, ist nicht nur ein humanitärer Auftrag. Wir sehen diese Haltung auch aus unserem gemeinsamen Menschenbild heraus als wesentlich für ein gutes Zusammenleben in Österreich, als Teil der internationalen, insbesondere der europäischen Staatengemeinschaft.

Wir ermutigen alle zu einer Versachlichung im öffentlichen Diskurs beizutragen, ohne gegenseitige Schuldzuweisungen. Wir sind dankbar, dass wir in einem Land leben dürfen, in dem Humanität von höchster Bedeutung ist und in dem das gemeinsame Engagement für Menschen in Not eine tragende Grundfeste der Gesellschaft ist. Dazu wollen wir beitragen und ermutigen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes diesen Weg weiterzugehen.

Fast 70 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht

UN-Flüchtlingskommissariat: 85 Prozent aller Flüchtlinge, Binnenvertriebenen und Asylsuchenden werden in Entwicklungsländern aufgenommen

Genf-Wien, 19.06.2018 (KAP/KNA) Die Zahl der Flüchtlinge hat 2017 weltweit einen neuen Höchststand erreicht. Ende vergangenen Jahres befanden sich 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht, fast drei Millionen mehr als im Jahr 2016. Das geht aus dem am Dienstag vom UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) veröffentlichten Global-Trends-Jahresbericht hervor. Allein 2017 begaben sich demnach 16,2 Millionen Menschen neu auf die Flucht. Laut Bericht stammen zwei Drittel aller Flüchtlinge aus nur fünf Ländern: Syrien, Afghanistan, Südsudan, Myanmar und Somalia. 85 Prozent aller Flücht-

linge würden in armen Ländern aufgenommen, während die Ankunfts zahlen in Europa zurückgingen, heißt es in dem Bericht.

Hauptgründe für die Flucht sind laut UNHCR Konflikte und Verfolgung in den Herkunftsländern. Insgesamt 25,4 Millionen Menschen haben deshalb ihre Heimat verlassen, fast drei Millionen mehr als 2016. Einen kleinen Rückgang gab es bei den Binnenvertriebenen: 40 Millionen Menschen waren 2017 im eigenen Land auf der Flucht, 300.000 weniger als im Jahr zuvor.

Insgesamt ist laut den Zahlen des UN-Flüchtlingskommissariat weltweit jeder 110. Mensch auf der Flucht. Die Zahl der Flüchtlinge, die durch sogenannte Resettlement-Programme in einem Drittland fanden, sank wegen des niedrigeren Angebots an Plätzen in Aufnahmeländern um mehr als 40 Prozent auf rund 100.000 Menschen.

In Österreich ging die Zahl Asylsuchender laut UNHCR im vergangenen Jahr deutlich zurück: Demnach gab es 2017 insgesamt 22.471 Asyl-Erstanträge gegenüber 39.905 im Jahr 2016.

"Wir stehen an einem Scheideweg. Um auf weltweite Fluchtbewegungen erfolgreich reagieren zu können, brauchen wir einen neuen und weit umfassenderen Ansatz, der einzelne Länder und Gesellschaften nicht allein lässt," sagte Hochkommissar Filippo Grandi. In wenigen Monaten solle jedoch ein neuer Globaler Pakt für Flüchtlinge von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet werden. Grandi forderte alle Staaten auf, das Projekt zu unterstützen. "Kein Mensch wird freiwillig zum Flüchtling", betonte er.

"Don Bosco Flüchtlingswerk": Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Appell zum Weltflüchtlingstag: "Menschlichkeit und Integration statt Ausgrenzung und Verzweiflung"

Wien, 19.06.2018 (KAP) Auf schon bestehende und drohende Missstände im österreichischen Asylwesen hat das "Don Bosco Flüchtlingswerk" anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni aufmerksam gemacht. Es sollten die Abschiebungen nach Afghanistan - ein für Flüchtlinge "ein unsicheres Land" - gestoppt werden, die derzeitige unabhängige Rechtsberatung für Asylwerber dürfe nicht "verstaatlicht" werden, und die beschlossene Einsparungen für subsidiär Schutzberechtigte müssten zurückgenommen werden, forderte das Flüchtlingswerk von den politisch Verantwortlichen. "Es ist an der Zeit, wieder Menschlichkeit in Österreichs Asylpolitik zu bringen", so der Appell von Geschäftsführer Rafael Kirchtag in einer Aussendung am Dienstag.

Die Reformpläne der Regierung bei der Mindestsicherung bedeuteten für geflüchtete Menschen vor allem eines: Kürzungen, wies das von den Salesianern Don Boscos, den Don-Bosco-Schwestern und von "Jugend Eine Welt" getragene Flüchtlingswerk hin. "Besonders aussichtslos" sei die Lage für subsidiär Schutzberechtigte, sollten sie künftig nur mehr 370 Euro als monatliche Grundsicherung erhalten. Für Wohnung und Leben sei dies viel zu wenig. Die Betroffenen würden zurück in Grundversorgungsheime gedrängt und dürften nicht mehr als 150 Euro monatlich dazuverdienen. "Ihnen

werden sämtliche Chancen auf Integration genommen", protestierte Rafael Kirchtag.

Erfolgreiche Integration nichts wert?

Ein Dorn im Auge ist den kirchlichen Asyl-Experten die zunehmende Zahl an Abschiebungen nach Afghanistan. Viele aus diesem Krisenland Geflohene lebten deswegen in ständiger Angst. "Davon betroffen sind auch junge Menschen, die mitten in der Ausbildung stehen und damit Österreich etwas zurückgeben können. Selbst vorbildliche Integration scheint nichts wert zu sein", empörte sich Kirchtag.

Dass Menschen im Asylverfahren künftig von Bediensteten eines Ministeriums statt von unabhängigen Fachleuten etwa der Caritas oder der Diakonie beraten werden sollen, ist ein weiterer Kritikpunkt des Flüchtlingswerks. "Dazu kommt ein Verbot des Privatwohnens während des Asylverfahrens, Handykontrolle, Bargeldabnahme und ausschließlich Sachleistungen", zählte Kirchtag auf. "Eine Maßnahme folgt auf die andere."

Das Don-Bosco-Flüchtlingswerk forderte demgegenüber "Menschlichkeit und Integration statt Ausgrenzung und Verzweiflung". Asylpolitik müsse auf der Basis der Menschenrechte erfolgen und geflüchteten Menschen "gerechte Chancen" bieten.

Papst rät: Gemeinsam mit Migranten essen

Botschaft anlässlich der Caritas-Aktionswoche "Share the Journey" zum Weltflüchtlingstag

Vatikanstadt, 19.06.2018 (KAP) Papst Franziskus hat die Bürger in Rom zum gemeinsamen Essen mit Migranten aufgefordert. Es gelte "immer neue Räume der Gemeinschaft" zu schaffen, um Freundschaft mit Migranten und Flüchtlingen wachsen zu lassen, sagte er am Dienstag. Kirchenmitarbeiter lud der Papst ein, sich mit Migranten über Erfahrungen und Hoffnungen auszutauschen und "das zu feiern, was uns verbindet".

Franziskus adressierte seine Botschaft an eine Mensa der Caritas im römischen Stadtzentrum. Anlass ist eine Aktionswoche vom

17. bis 24. Juni unter dem Motto "Share the Journey" ("Teile die Reise"). Die Initiative fällt zusammen mit dem Weltflüchtlingstag, der jährlich am 20. Juni begangen wird.

"Share the Journey" ist eine auf zwei Jahre angelegte Kampagne von "Caritas Internationalis", dem vatikanischen Dachverband nationaler Caritas-Organisationen. Dabei wollen Organisationen der Caritas und andere weltweit mit besonderen Aktionen auf die Situation von Migranten und Flüchtlingen aufmerksam machen und zeigen, wie Hilfe und Zusammenleben gelingen können.

Jesuiten-Flüchtlingsdienst kritisiert "Abschottung Europas"

Italienische Helfer warnen vor weiterem Anstieg der Zahl der Toten im Mittelmeer - JRS-Europa-Direktor mahnt Balance zu finden, damit Menschen, die Asyl brauchten, unter "humanen Bedingungen" aufgenommen werden können

Rom-Brüssel, 19.06.2018 (KAP) Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) sieht die stark gesunkenen Ankunftsahlen von Migranten an italienischen Häfen skeptisch. "Dies ist keine gute Nachricht, da der Grund dafür nicht etwa weniger Kriege und Konflikte auf der Welt sind, sondern eine Politik der Abschottung", sagte die Sprecherin des JRS-Flüchtlingszentrums Centro Astalli, Donatella Parisi, der Nachrichtenagentur "Kathpress" in Rom. Mauern zu errichten, löse die Probleme nicht, sondern verschärfe sie.

"Die Zahl der Toten auf dem Mittelmeer wird weiter steigen, wie auch die Ereignisse der vergangenen Tage zeigen", so Parisi. Sie forderte erneut sichere und legale Einwanderungsmöglichkeiten, etwa durch sogenannte humanitäre Korridore oder Quoten für ausländische Arbeitnehmer. Die gesetzlichen Möglichkeiten dafür gebe es.

Der JRS-Europadachverband kritisierte derweil am Dienstag insgesamt die Situation an den EU-Außengrenzen. Seit drei Jahren habe sich nichts verbessert, sagte JRS-Europa-Direktor Jose Ignacio Garcia in Brüssel. Mitarbeiter der Organisation und Partner interviewten im vergangenen Jahr 117 Migranten zu ihren Erlebnissen an den Grenzen in Rumänien, Kroatien,

Spanien, Italien, Malta und Griechenland. Der Bericht dazu wurde am Dienstag vorgestellt.

Die Lebensbedingungen an den Grenzen seien für Migranten oft "inhuman", so das Fazit. JRS-Politikreferentin Claudia Bonamini machte besonders auf Zurückweisungen von Migranten an den europäischen Außengrenzen aufmerksam. Diese seien illegal, aber an See- wie auch Landgrenzen "die Realität".

Die italienische sozialdemokratische EU-Abgeordnete Elly Schlein sagte, die EU-Staats- und Regierungschefs hätten beim Gipfel kommende Woche eine "historische Verantwortung". Sie müssten das Momentum nutzen, um die Asylregeln in der EU zu harmonisieren. Dabei dürfe nicht der "niedrigste Standard" als Vorbild gelten, sondern der höchste.

JRS-Europa-Direktor Garcia forderte mehr "Pragmatismus" bei der Kompromiss-suche. In den vergangenen Jahren hätten sich die Positionen zur Flüchtlingspolitik in Europa weiter auseinanderbewegt. "Es hat eine 180-Grad-Wende in der Flüchtlingspolitik von 'sehr offen' zu 'verschlossen' gegeben", so Garcia. Das sei zu schnell gegangen. Es gelte nun, eine Balance zu finden, damit Menschen, die Asyl brauchten, unter "humanen Bedingungen" aufgenommen werden können.

Asyldebatte: Deutsche Kirche vermisst Mitgefühl mit Flüchtlingen

Bischofskonferenz-Sonderbeauftragter Erzbischof Heße warnt vor politischem "Unterbietungswettbewerb, bei dem es jedem nur darum geht, sich so viele Geflüchtete wie möglich vom Leib zu halten" - Erzbischof Zollitsch fordert Zuwanderungsgesetz

Bonn, 19.06.2018 (KAP/KNA) Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen der Deutschen Bischofskonferenz, Stefan Heße, vermisst in den aktuellen politischen Debatten "zunehmend die Empathie mit den Flüchtlingen". Es scheine "fast nur noch darum zu gehen, wie wir diese Menschen fernhalten oder loswerden können", sagte der Hamburger Erzbischof im Interview der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur KNA zum Weltflüchtlingstag.

Politischer Streit sei nicht verwerflich, so Heße, solange dabei um gute Lösungen gerungen werde: "Wie können Flüchtlinge geschützt werden? Wie kann Integration gelingen, wie lässt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt sichern? Und nicht zuletzt: Wie finden wir zu einer solidarischen Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union?"

Ohne gemeinsame europäische Lösungen drohe ein "Unterbietungswettbewerb, bei dem es jedem nur darum geht, sich so viele Geflüchtete wie möglich vom Leib zu halten". Vorboten einer solchen Entwicklung seien bereits sichtbar: "Ich denke etwa an die deutsche Debatte über die Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze. Oder auch an die prekäre Situation im Mittelmeer: Seenotrettungsinitiativen, die schutzsuchende Menschen vor dem Tod bewahren, werden zunehmend drangsaliert."

Zugleich müssten auch die konkreten Anliegen und Sorgen der Bevölkerung Widerhall finden: "Also: Wie steht es um Wohnungen und Jobs? Wie lassen sich Ghettos verhindern? Wie stellen wir eine gute Schulbildung für alle sicher?"

Mit Blick auf aktuelle Ereignisse wie dem jüngsten Mord an der 14-jährigen Susanna betonte Erzbischof Heße, er nehme die Ängste und Sorgen vieler Menschen sehr ernst. Allerdings habe er kein Verständnis "für diejenigen, die Ängste schüren und ausbeuten. Mir scheint: Manche Debatten in unserem Land werden hochgradig unseriös geführt."

Besonders bedenklich sei es, "wenn Verbrechen einzelner pauschal einer ganzen Gruppe, also den Flüchtlingen, angelastet werden". Die aus ihrer Heimat Geflüchteten erschienen dann im öffentlichen Bewusstsein "nicht mehr als schutzsuchende Menschen, sondern als potenzielle Vergewaltiger, Mörder und Terroristen. Dies ist eine verzerrte Wahrnehmung."

Für eine differenzierte Flüchtlings- und Einwanderungspolitik plädierte gegenüber der KNA auch der frühere Bischofskonferenz-Vorsitzende und emeritierte Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch. Härte allein sei unmenschlich und unchristlich, sagte er. Wer um Asyl nachfrage, habe das Recht auf Einzelfallprüfung. "Zur Ehrlichkeit gehört gleichzeitig, zwischen Menschen zu unterscheiden, die vor Gewalt und Krieg fliehen, und denen, die aus wirtschaftlicher Not kommen. Wir können nicht alle aufnehmen."

Zollitsch sprach sich für ein Zuwanderungsgesetz aus, das legale Wege der Einwanderung eröffnet. Zudem müsse Deutschland bei seiner Entwicklungszusammenarbeit, etwa in Afrika, stärker auf eine Befähigung der Menschen setzen und nicht nur die dortigen Regierungen finanzieren, forderte der Erzbischof.

US-Bischöfe verurteilen Eltern-Kind-Trennungen an Grenze

Neue Vorgehensweise der US-Heimatschutzbehörde, bei der illegal ins Land gekommene Familien auseinandergerissen werden, für Bischöfe eine "schwere Sünde"

Washington, 19.06.2018 (KAP/KNA) Die katholischen Bischöfe der USA haben die Regierung aufgefordert, die Trennung von Familien,

die illegal ins Land kommen, unverzüglich zu beenden. In einer Erklärung verurteilten sie am Montag (Ortszeit) die "Null-Toleranz-Politik"

der Heimatschutzbehörde an der Südgrenze der USA als "schwere Sünde". Insbesondere die Bischöfe, die Diözesen unmittelbar an der mexikanischen Grenze führen, prangern die Trennung der Kinder von ihren Eltern an. Kinder ihren Eltern "wegzunehmen", sei "unmoralisch und böse", twitterte San Antonios Erzbischof, Gustavo Garcia-Siller. Dies sei eine "grausame und verwerfliche Politik", verbreitete der Bischof von Brownsville, Texas, Daniel Flores, über den Kurznachrichtendienst.

Justizminister Jeff Sessions hatte bei Bekanntgabe der neuen Vorgehensweise an der Grenze gesagt, die Migranten seien selber Schuld an ihrem Schicksal. "Wenn Menschen nicht von ihren Kindern getrennt werden wollen, sollten sie sie nicht mitnehmen", so Sessions. Bereits als der Minister vergangenen Donnerstag die neue

Praxis gegenüber Migranten mit einem Bibelzitat rechtfertigen wollte, schlugen die Emotionen bei den Kritikern hoch. Gesetze der Regierung seien zu befolgen, so Sessions, unter Verweis auf Römer 13, "weil Gott sie zum Zweck der Ordnung dazu ermächtigt hat".

Für Mittwoch hat Bischof Mark Seitz aus El Paso, Texas, eine Gebetsprozession für die auseinandergerissenen Familien angekündigt. Auch planen die Bischöfe, die Kinder in den Übergangslagern und bei Pflegefamilien aufzusuchen, um sich ein Bild von der Situation zu machen. Allein in den vergangenen Wochen sind mehr als 2.000 Kinder laut Regierungsangaben von ihren Eltern getrennt und zum Teil tausende Kilometer weit entfernt untergebracht worden.

I N L A N D

Schönborn: Teile interne Kritik am Papst überhaupt nicht

Wiener Erzbischof im OE24-Interview: Franziskus "ein Mann, der das Evangelium verkörpert" - Zur Zukunft der Kirche in Österreich sei er durchaus nicht pessimistisch, doch dies hänge vom Einsatz der Menschen im Land ab

Wien, 19.06.2018 (KAP) Der Papst ist "ein Mann, der das Evangelium verkörpert", und die interne Kritik an ihm, er sei "zuwenig klar" und habe "zuwenig Linie", teile er "überhaupt nicht", hat Kardinal Christoph Schönborn am Montagabend im TV-Sender OE24 betont. Er sei "sehr zufrieden" mit Franziskus, sagte der Wiener Erzbischof: "Und ich war übrigens auch mit den Vorgängern sehr zufrieden. Ich habe sie sehr gut gekannt."

In der Außenwahrnehmung seien Franziskus und Benedikt XVI. verschieden, weil Benedikt/Joseph Ratzinger auch als Papst Professor gewesen sei: "Ich war sein Student, er war ein grandioser Professor. Er ist auch Professor geblieben als Papst, und seine Lehre war hervorragend, spannend. Es gibt viele, auch Nichtchristen, die mit Faszination seine Schriften lesen", so Schönborn

Franziskus sei demgegenüber "ein Mann der Begegnung". Das sehe man in der Art, wie er Menschen umarme. "Ich war ja mit dem Klub Rapid beim Papst. Wie die Spieler von Rapid ihn umarmt haben und wie er das akzeptiert hat -

das war erfrischend", berichtete der Kardinal über die Begegnung im vergangenen Mai im Vatikan.

Zur Zukunft der Kirche in Österreich sei er durchaus nicht pessimistisch, doch dies hänge vom Einsatz der Menschen im Land ab, sagte Schönborn: "80 Prozent der Österreicher wünschen sich, dass Österreich ein christliches Land bleibt. Und die Frage ist natürlich: Was tut ihr, liebe Österreicherinnen und Österreicher, damit Österreich ein christliches Land bleibt? Das bleibt es ja nicht von selber, da muss man ja etwas tun dazu. Wenn dir christliche Werte wichtig sind, dann musst du sie praktizieren. Sonst verschwinden sie halt." Wenn man die Kirche nur brauche, um ein schönes Hochzeitsfest zu haben, sei das "auch schön", aber "nicht das, was die Zukunft eines christlichen Österreich sichert".

Kirche darf nicht zeitgeistig sein

Der Wiener Erzbischof warnte vor einem falsch verstandenen "Aggiornamento": "Die Kirche muss heutig sein, aber nicht zeitgeistig. Es gibt

ein berühmtes Wort von Gilbert Chesterton: Wer den Zeitgeist heiratet, wird sehr schnell Witwe. Das heißt: Anpassung ja, aber ich sehe die Herausforderung in Glaubwürdigkeit." Es gehe um das Zeugnis im Dienst für andere.

Als Beispiel nannte Schönborn den Jesuitenpater Georg Sporschill: "Pater Sporschill, der vielen bekannt ist wegen dem, was er in Rumänien für die Straßenkinder getan hat und jetzt für die Roma und Sinti tut - ein solcher Mann ist einfach glaubwürdig. Wenn wir genügend glaubwürdige Vertreterinnen und Vertreter des Christentums haben, brauchen wir keine Angst um die Zukunft des Christentums zu haben."

Befragt zum Frauenpriestertum sagte der Kardinal, im Gespräch sei die Einführung des Diakonats für Frauen, also die erste Weihestufe: "Es hat Diakoninnen gegeben in den ersten Jahrhunderten. Das könnte auch wieder eingeführt werden. Es hat aber nie Priesterinnen gegeben in der katholischen Kirche. Das wäre ein zu tiefer Eingriff in die 2.000-jährige Tradition, und auch Papst Franziskus hat gesagt: Das ist nicht vorgesehen."

Als zentrale Reformforderung für die Kirche nannte der Wiener Erzbischof, "dass wir das Evangelium praktizieren, also: Wie verhältst du dich deinem Mitmenschen gegenüber? Das zeigt sich natürlich auch in der Flüchtlingsfrage". Da laute die Frage: "Ist das zuerst ein Mensch für dich? Oder ist das ein Störenfried." Und es werde sich auch Misserfolg einstellen, aber "Jesus hat nicht gesagt, ihr müsst erfolgreich sein, sondern ihr müsst glaubwürdig sein".

Abschließend zog Schönborn Bilanz über 23 Jahre als Erzbischof von Wien: "Es waren zum Teil schwierige Zeiten, die Anfangszeit war sehr schwierig. Ich bin sehr dankbar, dass wir heute in der Kirche im Großen und Ganzen ein gutes Einvernehmen haben. Es herrscht eine viel bessere Atmosphäre als vor 20 Jahren."

In seiner Anfangsphase 1995 habe es starke Polarisierungen - die Konservativen, die Fortschrittlichen - gegeben. "Heute spüren wir: Wir ziehen am selben Strang, wir haben dasselbe Evangelium, wir wollen in dieser Gesellschaft auch etwas verändern im Sinn des Evangeliums. Und ich bin heute sehr dankbar, wie sich die Dinge entwickelt haben. Aber es ist Luft nach oben. Es kann noch viel besser werden."

Klimaschutz: Kirche wichtiger Kooperationspartner für Politik

Kirchliche Umweltpreise durch Umwelt-Bischof Schwarz verliehen - Sektionschef Mang: Politik und Kirche gehen im Klimaschutz Hand in Hand - Schwarz: Pfarren sind "Vorreiter der Energiewende"

Wien, 19.06.2018 (KAP) Die Kirche ist bei Fragen des Klimaschutzes ein wichtiger Kooperationspartner für die Politik: Das hat Reinhard Mang, Sektionschef im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, bei der Verleihung der heurigen Kirchlichen Umweltpreise in Wien betont. Zur Umsetzung der Klima- und Energiestrategie "#mission 2030", die u.a. einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien bis 2030 vorsieht, brauche die Politik "starke Partner" - Partner, wie die Kirche, so Mang, "denn dort, in den Pfarren, wird der Umweltschutz ernst genommen".

Mang äußerte sich bei der Verleihung der Kirchlichen Umweltpreise am Montagabend in Wien. In Anwesenheit von "Umweltbischof" Alois Schwarz, dem evangelisch-lutherischen Oberkirchenrat Karl Schiefermair, Frauenorden-Präsidentin Sr. Beatrix Mayrhofer und Hemma

Opis-Pieber als Sprecherin der Kirchlichen Umweltbeauftragten Österreichs wurden von insgesamt 33 Einreichungen sechs katholische Pfarrgemeinden und eine evangelische Pfarre für vorbildliche Umweltprojekte ausgezeichnet.

Dotiert sind die vergebenen ersten Preise in den Kategorien Energiewende bzw. nachhaltige Beschaffung und Bewirtschaftung mit jeweils 2.000 Euro, jeweils 1.000 Euro erhalten die mit zweiten und dritten Preisen bedachten Pfarrprojekte. Für ihre "Allround-Verdienste" in den genannten Bereichen ausgezeichnet wurde die Kärntner Pfarre Maria Saal, in der bereits seit 2012 das Team "Pfarrinitiative Schöpfungsverantwortung" ein Umweltmanagement-System umsetzt. Ein mit Firmlingen im Herbst 2017 umgesetztes Aufforstungsprojekt im pfarreigen Wald und ein regelmäßig veranstalteter, bewusstseinsbildender "ökologischer Stam-

mtisch" sind nur zwei Beispiele für das umfassende Engagement der Pfarre.

Die ökumenische Ausrichtung der Umweltpreise besonders deutlich machen die Hauptpreisträger in der Kategorie Beschaffung und Bewirtschaftung: In der katholischen Stadtpfarre und der evangelischen Pfarre Bad Ischl (OÖ) sorgt ein interkonfessionell besetztes "Team Schöpfungsverantwortung" für kontinuierliches Augenmerk auf den eigenen Lebensstil und die Einkaufsgewohnheiten: "raise aWAREness" lautet dementsprechend das Motto des in Bad Ischl auf "fair, regional und bio" gerichteten Fokus.

Dritte Hauptpreisträgerin ist die oststeirische Pfarre Dechantskirchen für das dort seit Jahren betriebenen Photovoltaikprogramm. Jüngster Erfolg beim konsequenten Umsteigen auf erneuerbare Energie und Energiesparen war die Umstellung aller pfarrlichen Haushaltsgeräte auf energiesparende Geräte und aller Leuchtkörper - sogar die Außenscheinwerfer für die Turmbeleuchtung - auf LED-Beleuchtung.

"Pfarren sind Vorreiter der Energiewende"

Als "Vorreiter der Energiewende" würdigte Bischof Schwarz in seinen Grußworten die Pfarren. Bei der Bewahrung der Schöpfung, aber

auch bei den davon nicht zu trennenden Themen Frieden und Gerechtigkeit dürfe es nicht zu einer "Globalisierung der Gleichgültigkeit" kommen, forderte Schwarz mit einem Verweis auf die Enzyklika "Laudato si" von Papst Franziskus, die vor drei Jahren in deutscher Sprache erschienen ist. In allen drei Bereichen gebe es heutzutage "massive Not". Daher gelte es den engagierten österreichischen Pfarren ein großes Lob dafür auszusprechen, dass sie diese Zusammenhänge erkannt "und aus christlicher Spiritualität heraus neue, schöpfungsfreundliche Wege beschritten" hätten.

Angesichts einer "ungerechten, von Gier nach Geld und Gewinn getriebenen Welt", die Raubbau an der Natur betreibt, gelte es erstens, nicht mitzumachen, und zweitens, es anders zu machen, betonte Oberkirchenrat Schiefermair. Pfarrgemeinden aller Größen leisteten dazu wertvolle Beiträge. Kritik am "Gifthauch menschlicher Gedankenlosigkeit und Gier" äußerte auch die Präsidentin der Vereinigung der Frauenorden Österreichs, Sr. Beatrix Mayrhofer, in ihrem Grußwort. "Wie gut, dass es Menschen gibt die hinhören, die das Seufzen hören, wahrnehmen, wahr - nehmen, und handeln", würdigte Mayrhofer die Preisträger. (Info: www.schoepfung.at)

Katholischer Familienverband traf Bildungsminister Faßmann

Themen waren Rolle der Eltern in der Bildung, Deutschförderklassen und Ethikunterricht

Wien, 19.06.2018 (KAP) Über ein "sehr offenes und fachlich tiefgehendes Gespräch" zwischen Bildungsminister Heinz Faßmann und Vertretern des Katholischen Familienverbandes Österreich (KFÖ) hat KFÖ-Vizepräsidentin Astrid Ebenberger in einer Aussendung am Dienstag berichtet. Einig sei man sich darin gewesen, dass die Eltern im Idealfall genau so wichtige Bildungspartner für ihre Kinder sein sollten wie die Lehrpersonen, zog Ebenberger ein positives Resümee über den Antrittsbesuch, an dem auch KFÖ-Präsident Alfred Trendl teilnahm. Zur Sprache kamen dabei neben der Rolle der Eltern in der Bildung auch die geplanten Deutschförderklassen und ein etwaiger verpflichtender Ethikunterricht.

Wegen des steigenden Nachhilfebedarfs hatte die Arbeiterkammer zuletzt gefordert, dass das Lernen und Üben in der Schule stattfinden

sollten. Minister Faßmann und die Familienverbands-Delegation betonten demgegenüber die Pflicht der Eltern, sich an der Bildung der Kinder zu beteiligen. Ebenberger appellierte in der Aussendung an die Eltern, den Kindern auch unverplante Zeit zu gönnen und sie nicht mit Freizeitaktivitäten zu überfordern: "Das Interesse der Eltern darf primär nicht darin liegen, die Kinder in die von ihnen intendierte Ausbildung zu pushen. Sie müssen auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Kinder hören und sie entsprechend unterstützen."

Dies sei auch in der laufenden Debatte über die neuen Arbeitszeitregelungen mitzudenken, forderte Astrid Ebenberger. Wenn sich Eltern - aus welchem Grund auch immer - nur wenig oder gar nicht am Bildungserwerb ihrer Kinder beteiligen könnten, "muss es kostenlose Nachhilfeangebote geben".

Für Ethikunterricht fehlt es an Geld

"Nachvollziehbar" sei für den Bildungsminister die Forderung des Katholischen Familienverbandes, verpflichtenden Ethikunterricht für jene Schülerinnen und Schüler einzuführen, die keinen Religionsunterricht besuchen. Dass Faßmann "aus budgetären Gründen bremst", bedauerten die KFÖ-Vertreter.

Beruhigt zeigte man sich beim Familienverband über die Ausgestaltung der geplanten

Deutschförderklassen: "Der Bundesminister hat uns zugesichert, dass es nicht nur um reines Vokabel- und Grammatikpauken gehen wird, sondern den Schülerinnen und Schülern die Sprache im Rahmen eines kontextbezogenen Sach-, Fachunterrichts vermittelt wird", berichtete Ebenberger. Sie unterstrich, wie wichtig eine schnelle Wiedereingliederung in den eigentlichen Klassenverband für den weiteren Spracherwerb sei.

Caritas-Kampagne ruft Jugendliche zu sozialem Engagement auf

"YoungCaritas"-Aktion "Ich mach was!" ab 25. Juni zwei Monate lang in sozialen Medien

Wien, 19.06.2018 (KAP) Mit einer neuen Kampagne unter dem Motto "Ich mach was!" ruft die "youngCaritas", die Jugendplattform der Caritas, Jugendliche zu sozialem Engagement auf. Mit der Unterstützung von 14 freiwillig engagierten Jugendlichen wurden neun Videoclips produziert, die Probleme wie Gewalt, Solidarität, Ausgrenzung, Fake News und fehlende Chancen für junge Menschen in den sozialen Medien thematisieren, hieß es in einer Ankündigung der kirchlichen Hilfsorganisation.

Zielgruppe sind junge Menschen zwischen 12 und 30 Jahren, die für die Arbeit der "youngCaritas" begeistert werden sollen. "Es geht um einen positiven, frechen Zugang zu sozialem Engagement", teilte Koordinator Gregor Jakob-Feiks mit. Die Kampagne läuft ab 25. Juni bis zum 27. August auf YouTube, Facebook und Instagram. Als Kooperationspartner für die Kampagne hat die "youngCaritas" die Erste Bank und Sparkassen gewonnen.

Die "youngCaritas" will mit ihrer Initiative auch gängigen Vorurteilen entgegenreten. In einer Zeit großer gesellschaftlicher Umbrüche und Herausforderungen seien viele Menschen unsicher und hätten das Gefühl, nichts bewirken zu können. Gegen Sätze wie "In unserer Welt ist

alles schlecht", "Manche Menschen glauben nicht an ein friedliches Miteinander" oder "Du bist zu klein, um etwas zu bewegen" solle mit der Online-Aktion dazu motiviert werden, "die Welt ein Stück weit besser zu machen". Caritas-Kommunikationsleiterin Angelika Simma-Wallinger will mit der Kampagne - wie sie sagte - ein "starkes Zeichen für Solidarität und zivilgesellschaftliches Engagement setzen". Kinder und Jugendliche sollen erfahren, dass schon mit kleinen Schritten und Hilfeleistungen wertvolle Beiträge dazu geleistet werden können, die Zukunft mitzugestalten.

Die "youngCaritas" versteht sich als Anlaufstelle für junge Menschen, die sich mit sozialen Themen auseinandersetzen, sich engagieren oder die Caritas und ihre vielfältigen Aufgaben kennenlernen wollen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, "die Gutes tun und dabei Spaß haben wollen", fänden bei der "youngCaritas" Angebote wie Benefizläufe, Lebensmittel sammeln, recyceln, handwerken, tanzen, diskutieren und "Smartmobs" organisieren. Mit all dem soll dazu beigetragen werden, die Situation von Menschen in Not zu erleichtern. (Infos: www.youngCaritas.at)

Weihbischof Leichtfried bestätigt elf neue Pastoralassistenten

Diplome für die Variante der zentralen Berufsbegleitenden Ausbildung im St. Pöltner Bildungshaus St. Hippolyt überreicht

St. Pölten, 19.06.2018 (KAP) Fünf Frauen und sechs Männer aus ganz Österreich haben am Wochenende die zweijährige berufsbegleitende Ausbildung zum Pastoralassistenten abge-

schlossen und werden im Herbst in ihren Heimatdiözesen für den Dienst in den Pfarren offiziell entsendet. Wie die Erzdiözese Wien auf ihrem Webportal berichtet, feierte der St. Pölt-

ner Weihbischof Anton Leichtfried mit den elf neuen Pastoralassistenten am vergangenen Freitag einen Dankgottesdienst in St. Pölten, in dessen Rahmen die Diplome überreicht wurden.

Das Berufsbild des Pastoralassistenten ist sehr vielseitig. Die vom Bischof gesendeten Hauptamtlichen gestalten in den Pfarren das kirchliche Leben vor Ort, als Ansprechpartner und seelsorgliche Begleiter von Menschen im Alltag und besonderen Situationen. Einsatzmöglichkeiten sind u.a. die Kinder- und Jugendarbeit, die Sakramentenvorbereitung, die Gestaltung der Liturgie wie etwa Kinder- und Jugendgottesdienste, Wort-Gottes-Feiern oder Andachten sowie Begleitung, Unterstützung und Bildung der ehrenamtlichen Pfarrmitarbeiter. Je nach Pfarre gehören auch Sozial- oder Öffentlichkeitsarbeit, die Kranken- und Altenpastoral, die Erwachsenenbildung und teils auch der Religionsunterricht an Pflichtschulen zu den Aufgaben.

Mehrere Ausbildungswege

Als Vorbereitung für den Beruf des Pastoralassistenten gibt es in Österreich verschiedene Ausbildungsvarianten. Neben der von der Bischofskonferenz eingerichteten berufsbegleitenden Schiene mit Kursen in St. Pölten gibt es auch den "akademischen Weg" über das Theolo-

giestudium. Bei den stets im Herbst veranstalteten Sendungsfeiern - in Wien findet sie im November statt - entsenden manche Diözesen zudem auch Mitarbeiter der Krankenhaus-Seelsorge für den pastoralen Dienst.

Das seit 2013 bestehende Angebot der "Berufsbegleitenden Pastoralen Ausbildung Österreich" (BPAÖ) im St. Pöltner Bildungshaus St. Hippolyt ist als Nachfolge des zuletzt in Wien-Hietzing verorteten "Seminars für kirchliche Berufe" konzipiert. Der zweijährige, praxisorientierte Kurs richtet sich an Frauen und Männer ab dem 27. Lebensjahr, die nach theologischer Grundausbildung in ihrer weiteren Berufslaufbahn ihre Fähigkeiten in den hauptamtlichen Dienst der Kirche einbringen möchten. In monatlichen Kurswochen werden Themen der Arbeit als Pastoralassistent vermittelt, daneben sammeln die Auszubildenden Erfahrungen durch Mitarbeit in einer Praktikumsparochie. Zur Ausbildung gehört auch eine Kurswoche in Israel sowie eine Exerzitenwoche in der Steiermark.

Im Vorjahr hatten zwölf Personen ein BPAÖ-Diplom entgegengenommen. Nach den elf Frauen und Männern, die heuer ihre Ausbildung abgeschlossen haben, kommen bei der BPAÖ im Herbst 14 in das zweite Ausbildungsjahr und 16 weitere starten das erste Jahr. (Infos: www.bpaoe.at)

V A T I K A N & R O M

Vatikan veröffentlicht Arbeitsdokument zur Jugendsynode

214 Punkte umfassendes Papier schildert ausführlich verschiedene Lebenslagen Jugendlicher weltweit - Kurienkardinal Baldisseri: Begleitung junger Menschen in Lebens- und Glaubensentscheidungen Hauptanliegen der Synode - "Jede Form der Berufung in der Kirche und auf der Welt wertschätzen"

Vatikanstadt, 19.06.2018 (KAP) Der Vatikan hat am Dienstag das Arbeitsdokument zur bevorstehenden Jugendsynode im Oktober veröffentlicht. Das 214 Punkte umfassende Papier schildert ausführlich die verschiedenen Lebenslagen Jugendlicher weltweit, bietet eine Deutungshilfe aus Sicht des Glaubens sowie Möglichkeiten der katholischen Kirche, jungen Leuten bei ihren Lebens- und Glaubensentscheidungen zur Seite zu stehen.

Das vorerst nur in einer italienischen Fassung vorliegende "Instrumentum Laboris" ist

Diskussions- und Informationsgrundlage für die internationale Bischofsversammlung vom 3. bis 28. Oktober. Es beleuchtet vielfältige Probleme und wollte ermutigen, Lösungen zu suchen, sagte der Generalsekretär der Synode, Kardinal Lorenzo Baldisseri, bei einer Pressekonferenz im Vatikan. "Es kann als Einladung gelesen werden, sich wieder nach dem Unmöglichen zu sehnen, um für und mit den Jugendlichen große Dinge zu träumen." Die Begleitung junger Menschen durch die Kirche sei Hauptanliegen der Synode. Zielgruppe der Jugendsynode sei das ganze

Spektrum junger Menschen weltweit, gläubige Christen genau so wie der Religion Fernstehende.

Erörtert werden soll etwa auch die Situation von Singles. In der Kirche sei es bisher wenig üblich, auf die Situation junger Leute einzugehen, die keine Familie gründen und auch kein Priester- oder Ordensleben eingehen wollen, sagte Baldisseri. Dieses Phänomen nehme zu und sei deshalb auch in das Arbeitsdokument zur Synode eingeflossen. Es gehe darum, "jede Form der Berufung in der Kirche und auf der Welt wertzuschätzen", so der Kurienkardinal.

Lebenswelt von 1,8 Milliarden Menschen

Bei der dreiwöchigen Synode geht es unter dem Leitwort "Die Jugend, der Glaube und die Berufungsunterscheidung" um die Lebenswelt von rund 1,8 Milliarden Menschen im Alter von 16 bis 29 Jahren. Im Fokus stehen Lebensentscheidungen junger Menschen sowie ihre Beziehung zu Glaube und Kirche. Die Österreichische Bischofskonferenz wird von "Jugendbischof" Stephan Turnovszky vertreten.

In dem gut 50 DIN-A4-Seiten langen Arbeitsdokument finden sich viele Forderungen und Erwartungen von Seiten der Jugend an die Kirche: etwa die Forderung zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs und die Stärkung der diesbezüglichen "Null-Toleranz-Politik", aber auch die Diskussion "kontroverser Themen" wie Homosexualität und Genderfragen - dabei verwendet das Vatikan-Dokument auch das Kürzel LGBT (für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender).

Aus den Fragebögen zur Synodenvorbereitung sei auch hervorgegangen, dass Themen wie Verhütung, Abtreibung, Zusammenleben und Ehe unter jungen Menschen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kirche stark diskutiert werden. Viele Bischofskonferenzen seien der Ansicht, dass Fragen zur Sexualität "offener und ohne Vorurteile diskutiert" werden sollten. Soziologische Studien zeigten, dass viele junge Katholiken den Hinweisen der kirchlichen Sexualmoral nicht folgen, so das Papier weiter. Gleichzeitig gebe es junge Katholiken, die forderten, dass sich die Kirche nicht zu sehr dem Zeitgeist anpasse, sondern ihre Lehre hier vertiefen müsse.

Generell wünschen sich Jugendliche demnach besonders, von der Kirche ernst genommen und gehört zu werden, zudem solle die

Kirche authentisch sein. Kirche werde "mit der Jugend gemacht" und nicht, indem man dieser vorgefertigte und ewig gültige Antworten vorhalte, heißt es in dem Papier.

Vorsynodales Treffen und Online-Umfrage

In das bereits Anfang Mai vom Synodenrat, dem auch Kardinal Christoph Schönborn angehört, einstimmig verabschiedete Arbeitspapier flossen große Teile aus dem Abschlussdokument eines vorsynodalen Treffens von 300 jungen Menschen Ende März in Rom ein. Zu den weiteren Quellen, die ein Expertengremium des Synodensekretariats verarbeitet hat, zählen Rückmeldungen aus einer weltweiten Online-Umfrage unter Jugendlichen, Beiträge eines Symposiums mit Fachleuten und Jugendlichen im Herbst 2017 und Anmerkungen diverser kirchlicher Organisationen, Gruppen und auch Einzelpersonen.

Berücksichtigt wurden zudem Rückmeldungen der katholischen Bischofskonferenzen. Diese zeigen sich auch selbstkritisch. Viele junge Leute seien auf der Suche nach dem Sinn des Lebens, wendeten sich aber nur selten an die Kirche. Deswegen befasst das Dokument sich auch mit der Begleitung junger Menschen unter besonderer Berücksichtigung wichtiger Lebensentscheidungen.

Insgesamt wolle man über eine reine Selbstbeschau hinausgehen, heißt es weiter. Im Nachdenken darüber, was die eigene Berufung in der Welt sei, gehe es um zivilen, sozialen und auch politischen Einsatz im Sinne des Gemeinwohls, um Heranführung zu "aktiver Bürgerschaft". Damit verbunden sei eine "Spiritualität, die den Wert der kleinen Gesten begreift" und die "eine andere Logik als die Wegwerfkultur" verfolgt.

Aufmerksam gemacht wird im Text auch auf etliche Miss- und Notstände, unter denen Jugendliche weltweit leiden, darunter Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, Krieg und Armut, Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Religion, ethnischer oder sozialer Zugehörigkeit, aufgrund von sexueller Orientierung, körperlicher Beeinträchtigung oder geografischer Lage. Unter dem Stichwort "Drogen" benennt das Dokument als einen weiteren Notstand die um sich greifende "Verbreitung von Missbräuchen und Abhängigkeiten verschiedener Art". Darunter werden sowohl traditionelle Drogen wie auch Spielsucht und Internet-Abhängigkeit, Por-

nografie, sexueller Missbrauch und Mobbing gefasst.

Die Schlussbetrachtung des Arbeitspapiers betont die Bedeutung von Heiligkeit im

Leben der Christen. Die Kirche solle dafür glaubhafte Beispiele geben und junge Leute auf diesem Weg bestärken.

Papst spendet für Opfer von Vulkanausbruch in Guatemala

100.000 US-Dollar für Nothilfemaßnahmen

Vatikanstadt, 19.06.2018 (KAP) Für die Opfer des Vulkanausbruchs in Guatemala hat Papst Franziskus 100.000 US-Dollar (86.000 Euro) gespendet. Damit wolle er seine "geistliche Nähe und väterlichen Zuspruch" bekunden, teilte der Vatikan am Dienstag mit. Der für Nothilfe bestimmte Beitrag sei Teil der Unterstützung, die sich in der gesamten katholischen Kirche auch unter Beteiligung verschiedener Bischofskonfer-

enzen und Caritas-Organisationen mobilisiere, so das vatikanische Presseamt.

Zwei Wochen nach der Eruption des "Volcan de Fuego" wird die Zahl der Todesopfer auf über 100 geschätzt; Dutzende sind vermisst gemeldet. Nach Vatikanangaben verloren rund 13.000 Menschen ihre Wohnungen. Guatemalas Präsident Jimmy Morales bezifferte die Kosten für den Wiederaufbau mit umgerechnet 58 Millionen Euro.

Papst-Fotograf schenkt seine Kamera einem Ex-Obdachlosen

Neuer Besitzer dokumentiert für römischen Obdachlosenhilfverein das Leben auf der Straße, "eine Realität vermitteln, die wir manchmal nicht sehen oder nicht sehen wollen"

Vatikanstadt, 19.06.2018 (KAP) Der Leibfotograf des Papstes, Francesco Sforza (59), schenkt seine alte Spiegelreflexkamera einem früheren Obdachlosen. Die Nikon D700, die ihn durch weite Teile der Pontifikate von Benedikt XVI. und Franziskus begleitete, wechselt nach Angaben des Informationsdienstes "Vatican News" vom Dienstag mit dem kompletten Zubehör in den Besitz von Daniele Ciarlantini, der heute als Fotograf für einen römischen Obdachlosenhilfe-

verein arbeitet. Ciarlantini hatte zuvor mit einfacheren Kameras das Leben auf der Straße dokumentiert.

Sforza sagte, Menschen wie Ciarlantini könnten mit einem einzigen Bild "eine Realität vermitteln, die wir manchmal nicht sehen oder nicht sehen wollen. Ich bin überzeugt, er wird hervorragende Dinge machen", sagte der Papst-Fotograf über seinen Kollegen.

A U S L A N D

Erzbischof Zollitsch hofft auf Lösung im Kommunionstreit

Deutschland stehe als "Land der Reformation" beim Miteinander von evangelischer und katholischer Kirche in der Verantwortung, betont der frühere Bischofskonferenz-Vorsitzende im KNA-Interview

Freiburg, 19.06.2018 (KAP/KNA) Im Streit um die Zulassung evangelischer Ehepartner zur Kommunion hofft der frühere Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, auf eine einvernehmliche Lösung. "Das ist auch

das Anliegen von Papst Franziskus", betonte der emeritierte Freiburger Erzbischof am Dienstag im Interview der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur KNA in Freiburg. Die jüngste Stellungnahme der vatikanischen Glaubenskon-

gregation habe eine Lösung aber nicht näher rücken lassen.

Es gehe dabei "letztlich um das Miteinander von evangelischer und katholischer Kirche", und da stehe Deutschland als "Land der Reformation" in der Verantwortung, sagte Erzbischof Zollitsch: "Hierzulande sind vier von zehn Ehen konfessionsverbindend. Deshalb ist die Kommunionfrage von anderer Relevanz als etwa in Italien. Franziskus ist dies bewusst. Anders als vielleicht manchem im Vatikan."

Kommunion und Eucharistie seien für Katholiken von zentraler Bedeutung, so Zollitsch. Und die sie betreffenden Fragen müssten "mit Sorgfalt und Ernst" besprochen werden. Auch wenn es sachliche Gründe für die Debatte geben möge, Sorge ihn die Art der Kon-

fliktführung und öffentlich dokumentierte Zerstrittenheit der Bischöfe. "Zu meiner Zeit als Vorsitzender hatte ich das Glück, dass wir es immer geschafft haben, auch in den strittigsten Fragen letztlich zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Dafür bin ich dankbar."

Der emeritierte Erzbischof Zollitsch war zwischen 2008 und 2014 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Am 9. August feiert er seinen 80. Geburtstag.

Derzeit diskutieren die deutschen Bischöfe und der Vatikan über Wege, wie evangelische Ehepartner im Einzelfall die Kommunion empfangen können. Zuletzt erklärte die Glaubenskongregation, ein von der Mehrheit der Bischöfe beschlossenes Konzept könne derzeit nicht veröffentlicht werden.

Syrischer Patriarch gedenkt des Völkermords im Ersten Weltkrieg

Mor Ignatius Aphrem II. bei Gedenkgottesdienst in Damaskus: "Wir werden in Syrien bleiben, wir werden Syrien verteidigen und wir werden die Terroristen besiegen"

Damaskus, 19.06.2018 (KAP) "Wir werden in Syrien bleiben, wir werden Syrien verteidigen und wir werden die Terroristen besiegen": Das hat der syrisch-orthodoxe Patriarch Mor Ignatius Aphrem II. nach Angaben des "Pro Oriente"-Informationsdienstes bei einem Gottesdienst in der Georgskathedrale im Damaszener Stadtteil Bab Touma betont. Der Gottesdienst stand im Zeichen des 103. Jahrestags des Beginns des vom Zentralkomitee der jungtürkischen Partei für "Einheit und Fortschritt" angeordneten Völkermords an den Christen der syrischen Tradition ab dem Jahr 1915. Die Ittihadisten stellten zu diesem Zeitpunkt die kaiserlich-osmanische Regierung, die im Ersten Weltkrieg mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn verbündet war.

Der Völkermord wird bei den Gläubigen der syrisch-orthodoxen, der assyrisch-orthodoxen, der syrisch-katholischen und der chaldäisch-katholischen Kirche bis heute mit dem Begriff "Seyfo" (Schwert) bezeichnet. Die Zahl der Opfer wird mit mindestens 500.000 beziffert. Ebenso wie durch den Völkermord an den Armeniern wurden durch den gleichzeitigen "Seyfo" weite Teile der ostanatolischen Vilayets in Trümmerfelder verwandelt. Die von der os-

manischen Gendarmerie mit Unterstützung von entlassenen Strafgefangenen und Milizen kurdischer Beys durchgeführte Mordkampagne führte auch zur Zerstörung kostbarster Denkmäler der frühchristlichen Geschichte ab dem 2./3. Jahrhundert, ungezählte Kirchen und Klöster im östlichen Anatolien, die zum Welterbe gehörten, wurden mitsamt den dort aufbewahrten großartigen Manuskripten der Heiligen Schrift und der Kirchenväter niedergebrannt.

Patriarch Aphrem II. sagte bei dem Gottesdienst, die Erinnerung an den "Seyfo" in Städten wie Mardin, Amid (Diyarbakir) usw. verweise darauf, dass die Vorfahren trotz der von den Ittihadisten und deren Gefolgsleuten verübten Mord- und Folterkampagnen der Heimat treu geblieben seien. Wörtlich fügte der Patriarch hinzu: "Diese Erinnerung motiviert uns, heute in Syrien zu bleiben, unserer Heimat treu zu sein, sie zu verteidigen und die Takfiristen (Terroristen) zu besiegen". Aphrem II. betete für die Seelenruhe aller Märtyrer des "Seyfo" und des immer noch im Gang befindlichen Syrien-Krieges. Nach der Liturgie führte der syrisch-orthodoxe Patriarch eine Lichterprozession zum Gedächtnispark für die Opfer der "Seyfo"-Massaker.

Jordaniens König fordert Einsatz für Nahostfrieden

Abdullah II. betont bei Treffen mit Israels Premier Netanjahu Zwei-Staaten-Lösung als einzigen Weg zu Frieden und Stabilität in der Region

Amman-Jerusalem, 19.06.2018 (KAP/KNA) Jordaniens König Abdullah II. hat verstärkte Bemühungen um eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gefordert. Der einzige Weg zu Frieden und Stabilität in der Region sei die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 und mit Ostjerusalem als Hauptstadt, sagte er am Montagabend bei einem Treffen mit Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in Amman, wie die staatliche jordanische Nachrichtenagentur "Petra" berichtet.

Jerusalem als Heilige Stadt für Muslime, Christen und Juden sei dabei der Schlüssel zum

Frieden in der Region, so Jordaniens König. Ihr Status müsse auf Basis der Zweistaatenlösung geklärt werden. Abdullah II. betonte, Jordanien werde seiner historischen Wächterrolle zum Schutz der islamischen und christlichen heiligen Stätten in Jerusalem weiter nachkommen.

Netanjahu seinerseits bekräftigte das israelische Bekenntnis zur Erhaltung des geltenden Status Quo an den Heiligen Stätten Jerusalems, wie sein Pressebüro am Montagabend mitteilte. Weitere Themen des Treffens waren demnach die bilateralen Beziehungen der beiden Länder sowie regionale Entwicklungen.

Erneut Streit um Enteignung von verkauftem Kirchenland in Israel

Patriarchen Theophilos und Manugian sowie Franziskanerkustos Patton protestieren in Schreiben an Premier Netanjahu gegen drohende "Enteignung der Rechte von Kirchen" im Heiligen Land - Streit hatte schon im Februar zur vorübergehenden Schließung der Jerusalemer Grabeskirche geführt

Jerusalem, 19.06.2018 (KAP/KNA) Im Streit um einen Gesetzentwurf, der dem Staat die Enteignung von an Privatinvestoren verkauftes Kirchenland ermöglichen soll, werfen Kirchenführer im Heiligen Land Israel Rassismus, Angriffe auf die christliche Gemeinschaft und mangelnde Dialogbereitschaft vor. Den Kirchen lägen Informationen vor, dass die Regierung ein zunächst gestopptes Gesetzesvorhaben voranbringen wolle, das auf eine "Enteignung der Rechte von Kirchen an ihren Ländereien" abziele, heißt es in einem Brief an Ministerpräsident Benjamin Netanjahu vom Dienstag. Unterzeichnet ist er vom griechisch-orthodoxen Patriarchen Theophilos III., Franziskanerkustos Francesco Patton und dem armenischen Patriarchen Nourhan Manugian. Netanjahu hatte im Februar gegen den Gesetzesvorstoß interveniert.

Die Kirchenführer machen den Gesetzesentwurf hauptverantwortlich für die jüngste Krise zwischen den Kirchen und Israel. Der Entwurf soll nach Informationen der Kirchenführer in Kürze erneut vor den zuständigen Rechtsausschuss kommen. Es stelle "einen systematischen und beispiellosen Angriff gegen

die Christen im Heiligen Land dar" und verletze grundlegende Rechte, hieß es. Teile der Regierung versuchten weiterhin, "spaltende, rassistische und subversive Agenden" durchzusetzen und aus populistischen Erwägungen den Status quo zu unterlaufen.

Sollte Netanjahu das einseitige Voranbringen des Entwurfs nicht "schnell und entschieden" stoppen, sähen sich die Kirchen zu einer Gegenreaktion gezwungen, heißt es weiter. Die Kirchenführer kritisieren ferner, dass in mehr als drei Monaten seither keinerlei Gespräche zur Beilegung des Streits geführt worden seien.

Ursprünglich hatte Netanjahu nach scharfen Kirchenprotesten und einer mehrtägigen Schließung der Jerusalemer Grabeskirche Ende Februar die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Ministers für regionale Angelegenheiten, Tzachi Hanegbi, angekündigt. Sie sollte im Dialog mit den Kirchen eine Lösung erarbeiten.

Die hinter dem Entwurf stehende Abgeordnete Rachel Azaria wies die Vorwürfe der Kirchen zurück, wie ihre Sprecherin der

deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur KNA sagte. Bei der Gesetzesinitiative gehe es nicht darum, Kirchen zu diskriminieren. Der neue Entwurf ziele darauf ab, die Rechte jener Menschen zu schützen, die auf an Organisationen wie dem Jüdischen Nationalfonds verpachtetem, in den vergangenen Jahren aber an Privatinvestoren verkauftem Land wohnten.

Der Gesetzentwurf betreffe nur Ländereien, die bereits verkauft seien.

Der am Montag eingereichte Entwurf sieht vor, von Privatinvestoren erworbenes Land mit bestehenden Pachtverträgen zu verstaatlichen; die Kaufsumme soll erstattet und eine Entschädigung gezahlt werden. Die Kirchen sehen das Vorhaben als massive Einschränkung der Verfügungsrechte über ihre Ländereien.

Israel: Arbeitsfreier Sabbat auch für Nicht-Religiöse

Knesset beschließt Änderung des Arbeitsgesetzes

Jerusalem, 19.06.2018 (KAP/KNA) Künftig können in Israel auch nichtreligiöse Arbeitnehmer das Arbeiten am jüdischen Ruhetag Sabbat verweigern. Das israelische Parlament stimmte am Montagabend in zweiter und dritter Lesung einstimmig für ein Gesetz, dass nichtreligiöse Arbeitnehmer religiösen Arbeitnehmern gleichstellt, wie die Knesset am Dienstag mitteilte.

Nach dem neuen Gesetz können es Arbeitnehmer künftig ohne Angabe von Gründen

ablehnen, am Sabbat zu arbeiten. Bisher räumte das Arbeitsgesetz Verweigerungsrecht lediglich religiös praktizierenden Arbeitnehmern ein.

Wie die Knesset weiter mitteilte, soll Firmen die Möglichkeit gegeben werden, Ausnahmen von dem Gesetz zu beantragen, sofern besondere Gründe vorliegen. Ausgenommen sind demnach Einrichtungen im Bereich der staatlichen Sicherheit, der Gesundheit, Stromversorgung und Gastwirtschaft.

Australische Ordensfrau Fox darf auf den Philippinen bleiben

Justizministerium kassiert Ausweisungsbeschluss der Einwanderungsbehörde

Manila, 19.06.2018 (KAP/KNA) Das Justizministerium der Philippinen hat den Ausweisungsbeschluss für die katholische Ordensfrau Patricia "Pat" Fox aufgehoben. Die Maßnahmen der Einwanderungsbehörde gegen die 71 Jahre alte australische Ordensschwester hätten "keine gesetzliche Grundlage", so Justizminister Menardo I. Guevarra in einer am Montag vom Ministerium veröffentlichten Erklärung. Die Einwanderungsbehörde habe zwar sehr weitgehende Kompetenzen, die aber nicht den Entzug eines Visums beinhalteten. Er habe die Behörde daher aufgefordert, den Fall neu aufzurollen.

Damit ist die von der Einwanderungsbehörde für diesen Montag festgesetzte Aus-

weisung von Fox hinfällig. Schwester Pat lebt und arbeitet seit 27 Jahren als Missionarin des Ordens "Unserer Lieben Frau von Sion" auf den Philippinen. Sie war am 16. April wegen ihrer Kritik an Menschenrechtsverletzungen auf Anweisung von Präsident Rodrigo Duterte festgenommen und für 24 Stunden inhaftiert worden.

Konkreter Anlass war ein Foto, das Schwester Patricia mit einem Transparent zeigte, auf dem die Freilassung aller politischer Gefangenen gefordert wird. Dies werteten Duterte und die Einwanderungsbehörde als "politische Aktivität" und damit als Überschreitung ihres Arbeitsrahmens auf den Philippinen.

"Nord-Mazedonien" hat jetzt eine griechisch-katholische Diözese

Bischof Kiro Stojanov von Skopje einziger "bi-rituelle" Bischof der katholischen Kirche

Skopje-Vatikanstadt, 19.06.2018 (KAP) Auch der Heilige Stuhl beteiligt sich indirekt an den Bemühungen um eine "Normalisierung" der mazedonischen Situation. Das bisherige Apostolische Exarchat für die Katholiken des byzantinischen Ritus in Mazedonien (jetzt provisorisch: Nord-Mazedonien) wurde zur Eparchie (Diözese) umgewandelt. Auf die bereits vor drei Wochen im Schatten der vieldiskutierten Einigung zwischen den Ministerpräsidenten Griechenlands und Mazedoniens über den Staatsnamen "Nord-Mazedonien" in Kraft getretene vatikanische Neuordnung machte der Informationsdienst der Wiener Stiftung "Pro Oriente" am Dienstag aufmerksam. Der offizielle Name des neuen Kirchengebiets lautet "Eparchie von der Aufnahme Mariens in den Himmel zu Strumica und Skopje".

Bischof der neuen Eparchie ist der 59-jährige Kiro Stojanov, der auch bisher schon als Exarch fungiert hatte. Stojanov amtiert auch als lateinischer Bischof von Skopje und ist damit das einzige Beispiel eines "bi-rituellen" Bischofs - eine Situation, die im orthodoxen Bereich nicht

zur Hochschätzung der katholischen Ostkirchen beiträgt.

Die Katholiken des byzantinischen Ritus sind historisch betrachtet ein Restbestand der bulgarischen griechisch-katholischen Kirche im Osmanischen Reich und im nunmehrigen "Nord-Mazedonien" im Gebiet von Strumica konzentriert. Die Talschaft hatte nach der Befreiung von der osmanischen Herrschaft im Zug der Balkankriege zunächst zu Bulgarien gehört, musste 1919 aber an Serbien abgetreten werden.

Ein 1883 errichtetes Apostolisches Vikariat in Saloniki (für Mazedonien) wurde 1926 wie auch andere Kirchengebiete - von deren Gläubigen nur wenige die dramatischen, aber in Westeuropa nicht beachteten "ethnischen Säuberungskriege" der Jahre 1915 bis 1923 überlebt hatten - aufgelöst. Das Gebiet von Strumica wurde der danach für ganz Jugoslawien zuständigen griechisch-katholischen Eparchie Krizevci unterstellt. Nach dem Zerbrechen Jugoslawiens richtete Papst Johannes Paul II. (1978-2005) im Jahr 2001 wieder ein eigenständiges Kirchengebiet für die griechisch-katholischen Gläubigen von Strumica und ganz Mazedonien ein.

K U L T U R & M E D I E N

Vatikanische Museen verleihen Meisterwerk von Caravaggio

Monumentales Altarbild "Grablegung Christi" verlässt ausnahmsweise den Vatikan und ist im Dezember in Utrecht zu sehen

Utrecht, 19.06.2018 (KAP/KNA) Die "Grablegung Christi" des italienischen Malers Caravaggio (1571-1610) verlässt ausnahmsweise die Vatikanischen Museen. Der Vatikan habe zugesagt, das Meisterwerk für die Ausstellung "Utrecht, Caravaggio und Europa" vier Wochen lang zu verleihen, wie das Centraal Museum Utrecht am Dienstag mitteilte. Das monumentale Altarbild ist zum Auftakt der großen Präsentation ab 15. Dezember zu sehen.

Die Schau, die das Centraal Museum in Zusammenarbeit mit den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen organisiert, dauert in den Niederlanden bis 24. März 2019. Danach

wird sie vom 17. April bis 21. Juli in der Alten Pinakothek München gezeigt.

Caravaggio malte das gut drei mal zwei Meter große Bild um 1602/1604 für die Familienkapelle von Girolamo Vittrice in der Chiesa Nuova in Rom. Die Utrechter Schau wird mehr als 60 Leihgaben aus Museums- und Privatsammlungen in den USA und Europa umfassen; Leihgeber sind neben den Vatikanischen Museen der Louvre in Paris, die Uffizien in Florenz, die Nationalgalerien in London und Washington sowie Kirchen in Rom.

Um 1600 reisten junge Maler aus ganz Europa nach Rom, um die von Caravaggio an-

gezettelte Revolution in der Malerei mit eigenen Augen zu sehen: ein neuer Realismus, mit einer Helldunkelmalerei von beispielloser Intensität. Auf dem Höhepunkt des europäischen "Caravaggismus" zwischen 1600 und 1630 waren rund 2.700 Künstler in Rom registriert, 572 davon waren Ausländer. Sie besuchten dieselben Kirchen und Sammlungen und malten dieselben

Themen, aber die Ergebnisse waren alle einzigartig.

Die Schau "Utrecht, Caravaggio und Europa" untersucht diese Unterschiede zwischen den europäischen Anhängern von Caravaggio. Die thematische Präsentation der Stücke zeigt, wie die Werke jedes Künstlers in seinem eigenen kulturellen Hintergrund verwurzelt geblieben sind.

Tagung: Ist Gold in Liturgie noch zeitgemäß?

Kirchenpädagogen tagten in Stift Melk zu "Reichtum und Gold der Kirche als Anfrage" - Kunsthistorikerin Penz: Erklärungsbedarf für Prunk in den Kirchen - Ordensfrau Sr. Herzig: Gold ein Unrechts-Symbol

St. Pölten, 19.06.2018 (KAP) Sollen liturgische Geräte wie Kelche, Hostienschalen oder Monstranzen immer vergoldet sein? Der Vorzug von Gold als besonders edles und der Gottesverehrung würdiges Material ist zunehmend mit ethischen Bedenken und Fragestellungen konfrontiert, befand die Ordensfrau Sr. Anneliese Herzig, theologische Referentin der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar (DKA), am Wochenende bei der Jahrestagung Kirchenpädagogik im Stift Melk. Österreichs Kirchenführer setzten sich dabei mit dem Thema "Was ist würdig? Reichtum und Gold der Kirche als Anfrage" auseinander.

Speziell in der Barockzeit fand Gold in Kirchen großzügig Anwendung - "da es als Abglanz des Himmlischen galt, als Ausdruck von Lebensfreude und Sinnlichkeit und als Merkmal eines besonders schönen und erheblichen Festraumes", wie Helga Penz, Leiterin des Kulturgüter-Referats bei den Ordensgemeinschaften und Mitorganisatorin der Tagung, am Dienstag im "Kathpress"-Interview erklärte. Genauso wie die Schlösser dieser Zeit, sollten auch Gotteshäuser groß, weit und glänzend sein und sich vom Lebensalltag abheben. Eindrucksvoll zeige dies die Stiftskirche des Tagungsortes Melk vor.

Was viele freilich nicht wissen: Ausnahmslos sind in Kirchen Vergoldungen im Einsatz - "auch wenn viele glauben, dass es sich um Massivgold handelt", betonte Penz. "Goldene" Statuen sind also aus Holz oder Gips, überzogen mit einer Haut von einem Siebentausendstel Millimeter Gold. "Der künstlerische Wert übersteigt den Materialwert um ein Vielfaches. Mit einem Barren Gold könnte man also

eine ganze Barockkirche vergolden", so die Historikerin. Auch bei liturgischen Geräten verhält es sich ähnlich, wobei Kelche oft aus Silber sind und eine Vergoldung auch innen unbedingt benötigen - denn der Wein wäre vergiftet, käme er mit dem Silber in Berührung.

Dennoch haben sich die Zeiten geändert: Gold wird heute nicht mehr vor allem bewundert und bestaunt, kritische Anfragen bei Kirchenführungen häufen sich. "Immer wieder kommt die Kritik, der Prunk und Reichtum der Kirchen sei dem zeitgemäßen Glauben nicht mehr angemessen", berichtete Penz. Der große Aufwand von einst für die Gottesverehrung rufe heutzutage Erklärungsbedarf hervor - wengleich es auch innerhalb der Kirche schon immer Gegenbewegungen wie etwa die auf Einfachheit und Schmucklosigkeit pochenden Bettelorden und Armutsbewegungen gegeben habe.

Menschenrechte im Blick

Neben dem Wandel im Kirchenverständnis kämen zudem auch Umwelt- und Menschenrechte ins Spiel: Gold sei aus heutiger Sicht eher ein Symbol des Unrechts gegenüber Ländern des Südens, geschehe das Schürfen doch weltweit nie nachhaltig und die Verhüttung selbst bei Kleinbetrieben stets unter Einsatz von gesundheitsschädlichem Quecksilber, verwies Penz auf die Ausführungen der Redemptoristin Sr. Herzig bei der Melker Tagung. "Genauso wie bei der Kleidung oder der Nahrung sollten wir in der Kirche auch fragen: Wo kommt unser Kirchenschmuck her?", so die Expertin.

Suche man nach Alternativen, gehe es dabei vor allem um die Überlegung, was heute als "schön" und der Gottesverehrung würdig gelte. Das Kirchenrecht bestimmt für liturgische Geräte, ein "edles und beständiges Material" einzusetzen, Vorgaben für die konkrete Umsetzung sind der jeweiligen Bischofskonferenz überlassen. Bei Kelchen muss beispielsweise sichergestellt sein, dass sie kleine Stürze überstehen (womit Keramik ausscheidet), zudem darf das Material keinen Wein aufnehmen. Eine endgültige Lösung werde es nie geben, so die Einschätzung von Penz. "Der Zeitgeschmack und das Kulturverständnis ändern sich ständig und Kirchen sehen weltweit völlig unterschiedlich aus."

Geld besser den Armen geben?

Anfragen nach dem Muster "Kann man das Geld nicht den Armen geben?" gelte es in Bezug auf Barockkirchen freilich differenziert zu betrachten. So prunkvoll goldene Kirchen auch seien, stellten sie dennoch keinen ökonomischen Reichtum dar, sondern eher eine Herausforderung für den Erhalt. Penz: "Das Geld dafür müssen die Klöster zum Großteil selbst erwirtschaften. Denn wer würde schon eine Barockkirche abkaufen?" Ein Gesinnungswechsel sei hier zu beobachten: "Der Melker Konvent überlegte nach dem Zweiten Vatikanum, das prachtvolle Kloster aufzugeben und ein einfaches Kloster im Wald zu errichten. Heute sieht man sich als Treuhänder eines kulturellen Erbes."

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	